18. Kann ein Kaufmann, welcher sein Geschäft aufgegeben und seine Handelsbücher vernichtet hat, später aber im Betriebe eines nicht tausmännischen Geschäftes in Konturs geraten ist, aus §. 210 Biff. 2 ber Kontursordnung bestraft werden?

I. Straffenat. Urt. v. 22. November 1886 g. St. Rep. 2341/86.

I. Landgericht Bürzburg.

Mus ben Gründen:

Der erste Richter hat den Angeklagten eines Bergehens des eins sachen Bankerottes aus §. 210 Ziff. 2 R.D. schuldig besunden, weil gegen ihn als Schuldner der Konkurs eröffnet sei und er seine Handelsbücher, welche er als früherer Kaufmann führen, aber auch ausbewahren mußte, innerhalb der offenen Zeit von zehn Jahren versnichtet habe.

Im einzelnen ift festgestellt, daß Angeklagter unter der Firma "S. Sohn" ein Konsektionsgeschäft mit offenem Laden im Hause, Domsstraße Nr. 13 in W. betrieb, im Jahre 1883 aber den Laden aufgab, ohne einen anderen zu beziehen, daß seine Firma im Handelsregister des Landgerichtes zu W. eingetragen war und erst am 2. Dezember 1885 auf die Anzeige des Angeklagten über Aufgabe des Geschäftes und der Firma gelöscht wurde, während die Konkurseröffnung auf Antrag eines Gläubigers durch amtsgerichtlichen Beschluß vom 14. Dezember 1885 ersolgte.

Nach Aufgeben des Ladens beschäftigte sich Angeklagter von seiner Wohnung aus noch mit dem Verkause von sertigen Kleidungsstücken an Trödler und setzte hierbei von Mai 1883 dis Dezember 1885 für ungesähr 2650 M Kleider ab, die er teils von seinem offenen Ladensgeschäfte übrig hatte, teils von der Firma H. W. in St. bezog, welcher er den Betrag von 1835,75 M schuldig blieb.

Bücher hat der Angeklagte nur bis zur Aufgabe seines Ladens im Jahre 1883 geführt, solche aber nach Annahme des ersten Kichters demnächst vernichtet. Das Unterlassen der Buchsührung von jener Zeit an sieht das Instanzgericht nicht für strasbar an, weil Angeklagter thatssächlich nur mehr als Hausirer im Sinne des Art. 10 Abs. 1 H.G.B.B.'s thätig gewesen und darum zur Führung der Bücher nicht mehr vers

pflichtet gewesen sei; dagegen hält er das Vernichten der älteren Bücher, welche nach den Bestimmungen des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches zehn Jahre lang aufzubewahren seien, im Hindlicke auf die hinzugekommene Konkurseröffnung für unbedingt strasbar, da das Zussammentreffen der beiden Umstände — Konkurseröffnung gegen einen Schuldner und Vernichtung der Handelsbücher, welche er als früherer Kaufmann zu führen hatte — diese Strasbarkeit begründen.

Die Kevision bekämpft u. a. die Anwendbarkeit des §. 210 Ziff. 2 K.D. auf den Angeklagten, dem als "Kausmann minderen Rechtes" keine Verpflichtung zur Buchführung obgelegen habe, während die durch Art. 33 H.G.B.'s normierte Pflicht der Ausbewahrung im Falle ihrer Nichtbeachtung gar nicht strafbar sei, insbesondere auf Bücher aus einem früheren Handelsbetriebe, welche mit dem Konkurse in keiner Beziehung stehen, keine Anwendung sinden könne.

Anlangend zunächst die Frage, ob die Strasnorm des §. 210 Ziff. 2 R.D. auf einen Kaufmann, welcher, wie das Instanzgericht hier thatssächlich seststellte, zur Zeit der Konkurseröffnung oder Zahlungseinstellung sein Geschäft ausgegeben hatte, überhaupt Anwendung sinde, so kann dieselbe allerdings nicht so unbedingt bejaht werden, wie dies vom ersten Richter zu geschehen scheint.

Denn, wenn auch die §§. 209 flg. K.D. die in den §§. 281—283 St.G.B.'s auf Kaufleute beschränkt gewesenen Strasnormen des Banzkerottes ganz allgemein und ohne Unterschied des Standes auf Schuldner, welche ihre Zahlungen eingestellt haben oder in Konkurs geraten sind, ausgedehnt hat, so sind doch auch in den dermaligen Strasvorschriften mehrere ältere aufrecht erhalten, welche, wie die Ziff. 3. 4 des §. 209 und die Ziff. 2. 3 des §. 210 K.D. nur für Kaufleute passen und schon deshalb nur für diese gelten können, weil die dort in bezug genommenen Vorschriften der Gesehe, insbesondere des Handelsgesehzbuches, nur auf Kausseute Anwendung zu finden haben.

Der Grund des Gesetes, daß dem kausmännischen Kredite wegen der bei Mißbrauch desselben brohenden höheren Gesährdung des Volkswohlstandes auch ein erweiterter strafrechtlicher Schutz zu gewähren sei, set aber im Sinne der Konkursordnung, wie des früheren Strafgesetes als selbstverständlich voraus, daß es sich hierbei um Verpflichtungen handelt, welche in einem kausmännischen Geschäftsbetriebe eingegangen worden sind.

Der Raufmann, welcher seine Zahlungen eingestellt bat ober in Konkurs geraten ift, muß baher, wenn er wegen Unterlassung ber ihm als Kaufmann obliegenden Pflichten aus &. 210 Ziff. 2. 3 R.D. strafbar sein foll, entweder die Bahlungseinstellung auch als Raufmann bethätigt haben, ober die Insolvenz muß wenigstens mit folden Schulden in Verbindung stehen, welche mahrend des taufmannischen Geschäfts-Das Reichsgericht hat diesen Grundsat betriebes entstanden sind. schon wiederholt ausgesprochen und hierbei erörtert, daß einerseits bie Strafbarkeit nicht von der Notwendigkeit zeitlichen Zusammentreffens des Betriebes eines kaufmännischen Gewerbes mit den sonstigen Thatbeftandsmerkmalen abhängig fein könne, ansonst es in den meisten Källen vom Belieben der Schuldner abhängig gemacht sein würde, burch Aufgeben bes Geschäftes vor ber Rahlungseinstellung ober vor ber die Rechte der Gläubiger gefährdenden Handlung den strafrechtlichen Schut, welchen das Geset bezwectt, zu vereiteln,

vgl. Urteil vom 1. April 1881, Entsch. des R.G.'s in Straff. Bb. 4 S. 41,

während andererseits doch gesordert werden muß, daß der Grund der Zahlungseinstellung in dem Aussalle der früheren Handelsspekulationen liegt und Zahlungseinstellung oder Konkurseröffnung wegen solcher Schulden wenigstens mit ersolgt sei, welche während des kausmännischen Betriebes entstanden sind.

Bgl. Urteil vom 5. Mai 1880, Entsch. bes R.G.'s in Strafs. Bb. 2 S. 50; Urt. vom 21. April 1880 g. A. Rep. 580/80.

Nun ist es zwar vollkommen richtig, wenn der erste Richter ansührt, daß die Vernichtung der Bücher den Konkurs nicht mit veranlaßt haben müsse, wie denn überhaupt ein Kausalzusammenhang zwischen dem Konkurse oder der Zahlungseinstellung und den in §. 210 a. a. D. unter Strase gestellten Handlungen für den Thatbestand des einsachen Bankerottes nicht ersorderlich ist; allein andererseits kann doch von Strassbarkeit dieser Handlungen und in specie einer strasbaren Vernichtung der Handlungen nur dann gesprochen werden, wenn das kausmännische Geschäft, über welches die Bücher gesührt wurden, noch in irgend welchem ursächlichen Zusammenhange mit der Zahlungseinstellung steht.

Freig ist, wenn ber erste Richter anscheinend annimmt, daß ein gewesener Kausmann, welcher als solcher verpflichtet war, Handelsbücher zu führen, den Strafbestimmungen des §. 210 K.D. im Falle einer

späteren Zahlungseinstellung immer und demnach auch dann unterworfen sei, wenn er im Betriebe eines ganz anderen, mit dem früheren kauf=männischen Geschäfte außer jedem Zusammenhange stehenden Geschäftes in Konkurs geriet oder seine Zahlungen einstellte.

Wenn nun gegebenen Falles der Angeklagte nach Annahme des ersten Richters sein kaufmännisches Geschäft bereits im Jahre 1883 aufgab und wegen dieser Geschäftsaufgabe zur Führung von Handelssbüchern nicht mehr verpflichtet war, und wenn sodann erst im Dezember 1885 der Konkurs gegen ihn eröffnet wurde, so war er allerdings veranlaßt, zu prüsen und sestzustellen, ob und in welchem Zusammenshange die Zahlungseinstellung mit dem früheren kaufmännischen Geschäfte und den etwa noch aus diesem herrührenden Rechten und Verbindlichskeiten stand.

Die im Urteile enthaltenen Andeutungen — über Posten, welche "bis 1883 zurückreichen" und über Waren, welche er noch "von seinem offenen Laden übrig" hatte, genügen in ihrer unbestimmten Fassung nicht, um einen derartigen ursächlichen Zusammenhang ersehen zu lassen. Beim Mangel bezüglicher Prüfung und Feststellung ist nicht ersichtlich, ob der frühere kausmännische Geschäftsbetrieb des Angeklagten noch von irgend welchem Einflusse auf die spätere Konkurseröffnung war, und ob der Angeklagte bei dem gegen ihn eröffneten Konkurse überhaupt noch als Kausmann in Betracht kam und sich deshalb durch Vernichtung seiner Bücher einer strasbaren Handlung schuldig machte, weshalb das Urteil auszuheben und die Sache in die Instanz zurückzuverweisen war.